

# „Möchten gehört werden“

## Kinder- und Jugendparlament hätte gern Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung

VON FRANK SOMMER

**Offenbach** – Von den Bürgern gewählte Stadtverordnete treffen die Entscheidungen über das Leben in den Kommunen. Doch wie genau der Ablauf in den Versammlungen gestaltet ist, wird in Hessen höchst uneinheitlich behandelt. Jede Kommune regelt das anders. Während es in den meisten Städten im Umkreis üblich ist, dass die Bürger vor der Stadtverordnetensitzung dem Magistrat Fragen stellen können, gibt es das in Offenbach nicht: Dort ist die Bürgerfragestunde in die Ausschüsse eingebettet. Die Geschäftsordnungen für die Sitzungen in den einzelnen Kommunen unterscheidet sich daher. In Offenbach möchte das Kinder- und Jugendparlament (KJP) zukünftig die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ändern.

Ziel ist, dass das KJP Rederecht erhält. Über den Jugendhilfeausschuss, der das Recht hat, Anträge zu stellen, wurde beantragt, ein Rede-, Anhörungs- und Vorschlagsrecht zumindest prüfen zu lassen – wann es bei positivem Bescheid umgesetzt würde, ist unklar.

„Wir möchten vor Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, Stellung beziehen und gehört werden“, sagt Abeh Bhasin, Vorsitzender des KJP. Im Grunde genommen müsste der Magistrat das KJP ohnehin bei Fragen, die Kinder und Jugendliche betreffen, anhören. Doch gerade bei einem der wichtigsten Themen des vergangenen Jahres, den Kürzungen beim Busverkehr, wurden die Jugendlichen nicht angehört – ein Umstand, den das KJP mit dem Seniorenrat teilt. Obwohl viele Schüler wie auch Senioren von den Kürzungen im Busverkehr betroffen sind, waren deren Interessenvertreter im Vorfeld nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen. Gerade beim Kinder- und Jugendparlament war in der Bürgerversammlung zum ÖPNV die Enttäuschung über diese Praxis zu spüren. Damit nicht erneut bei bedeutenden Themen über deren Köpfe hinweg entschieden wird, werden mehr Rechte für die Interessenvertreter gefordert.

Bei eher unverfänglichen Themen wie der Spielplatzgestaltung ist das KJP vom Magistrat bisher einbezogen. Die geplante Neugestaltung des Spielplatzes vor dem Rathaus etwa wurde vom KJP angestoßen.

Doch das KJP möchte sich nicht mit Schönwetterthemen abspeisen lassen. „Auch der Schulbau oder der ÖPNV betreffen Kinder und Jugendliche“, sagt Bhasin.

So gibt es zum geplanten neuen Gymnasium am ehemaligen Güterbahnhof durch-

aus noch Redebedarf aus Sicht der Kinder und Jugendlichen: Dass der Pausenhof größtenteils auf dem Dach des Gebäudes vorgesehen ist, trifft nicht auf ungeteilte Zustimmung – auch das wolle man den Stadtverordneten direkt bei der entsprechenden Diskussion sagen können.

Da Kinder und Jugendliche kein Kommunalwahlrecht besäßen, sei es für die politische Teilhabe wichtig, dass sie wenigstens vor der Entscheidung den Stadtverordneten ihre Standpunkte darlegen könnten. Im Kreis Offenbach wird bisher in Langen dem Jugendforum neben dem Rede-, Anhörungs- und Vorschlagsrecht ein Antragsrecht im Stadtparlament zugestanden. Letzteres fordert das KJP für Offenbach nicht, da der Jugendhilfeausschuss antragsberechtigt ist.